

Mit Verzögerung mehr Wohnungen

Zwischenbericht:
In Lüneburg
mangelt es
weiterhin an
Einfamilien- und
Reihenhäusern

VON ANTJE SCHÄFER

Lüneburg. Knallgelb ist das Schild, das derzeit am Geländer der Brücke Bockelmannstraße/Lösegraben befestigt ist. Darauf prangen drei Worte: Handwerker sucht Haus. Auch in den Immobilienzeilen der Zeitungen reihen sich Gesuche nach einem Haus oder einer Wohnung in Lüneburg. Angebot und Nachfrage gehen immer noch auseinander, obwohl die Stadt vor fünf Jahren das Wohnungsbauprogramm 2021 auf den Weg gebracht hat. Das legte vor: Bis zum Ende dieses Jahres sollten 2100 Wohneinheiten – darunter 700 im geförderten Wohnungsbau – geschaffen werden. Mit einem Jahr Verzögerung sollen nun sogar rund 2700 Wohneinheiten geschaffen werden, wie ein Zwischenbericht der Stadt zeigt.

Bilanz der Bundesregierung: Es ist noch Luft nach oben

Anfang Februar zog die Bundesregierung ihre Bilanz des Wohnungsgipfels 2018. Das Fazit: Es ist noch Luft nach oben. Denn statt 1,5 Millionen neuer und bezahlbarer Wohnungen sind es bundesweit nur 1,2 Millionen geworden. Allerdings rechnet das Bauministerium mit etwa 770 000 Baugenehmigungen. Woran es hakt: Im Jahr 2019 wurden bundesweit mehr als 25 000 Sozialwohnungen gebaut. Doch gleichzeitig sind knapp 65 000 Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Unterm Strich gab es also weniger Sozialwohnungen.



Der Wunsch nach einem Haus macht erfinderisch: Dieses Schild prangt am Geländer der Brücke an der Bockelmannstraße. Foto: be

Das Wohnungsbauprogramm der Stadt Lüneburg hatte 2016 festgelegt, dass jeweils 700 frei finanzierte Wohnungen, geförderte Wohnungen sowie Einfamilien- und Reihenhäuser entstehen sollen. Dafür sollten laut Programm Neubaugebiete sowie Wohneinheiten durch Nachverdichtung entstehen.

Dass manches länger dauerte als geplant, liege unter anderem daran, dass es vermehrt Fachgut-

achten bedürfe und eine Bürgerbeteiligung, wie bei dem geplanten Neubaugebiet Am Wienebüteler Weg, Zeit in Anspruch nehmen, sagt Oberbürgermeister Ulrich Mädge. Das Beteiligungsverfahren sei auf jeden Fall ein Gewinn gewesen, manche Anregung der Bürger, zum Beispiel für eine zukunftsträchtige Wärme- und Energieversorgung für das neue Viertel, habe man aufgenommen. Mädge verhehlt aber auch nicht, dass es ihn ärgert, wenn es aus reiner Opposition Widerstand und Verhindern aus den Reihen der Politik gibt.

„2016 haben wir eine Wohnungsproblematik festgestellt, der allgemeine Tenor aus der Politik war, es solle Wohnraum geschaffen werden.“ Inzwischen blockierten Grüne und Linke immer wieder Projekte mit dem Hinweis, dass erst einmal das Stadtentwicklungskonzept auf den Tisch müsse. Doch das braucht aus Sicht von Mädge

noch drei bis fünf Jahre, „es kann doch nicht sein, dass in dieser Zeit nichts passiert“.

Zuletzt hatte eine geplante Lückenbebauung in Alt Hagen für Unmut bei Anwohnern gesorgt. Sie fühlen sich nicht rechtzeitig informiert, dass dort ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Grünenchef Ulrich Blanck sprang ihnen bei, erklärte, dass seine Fraktion eigentlich für Nachverdichtung sei. Allerdings dürfe die nicht planlos geschehen, und es fehle das Stadtentwicklungskonzept. Dabei dürfte auf dem Areal in Alt Hagen ohne Bebauungsplan nach Paragraf 34, Baugesetzbuch, ge-

baut werden. „Der Bebauungsplan ermöglicht hingegen, dass die Nachbarschaftsrechte gewährt sind“, sagt Mädge, räumt aber auch ein, dass man die Bürger im Vorfeld der Bauausschuss-sitzung hätte mitnehmen müssen.

Am Standort in Alt Hagen sind Einfamilien- und Reihenhäuser geplant. Das, was sich laut Immobiliensuche vor allem junge Familien wünschen. In diesem Segment hängt das Wohnungsbauprogramm hinterher. Laut Zwischenbericht der Stadt werden statt der 700 nur 480 bis 2023 fertiggestellt sein. Von einem politischen Trend, Einfamilienhäuser zu streichen, hält Mädge nichts. „Wir können doch nicht vorgeben, dass die Menschen nur auf Etage wohnen. Das ist doch Sozialismus. Eine Kommune muss für unterschiedliche Bedürfnisse etwas anbieten.“

Einen Großteil wird die Lüwobau errichten

Mehr als angestrebt wird die Stadt beim geförderten Wohnungsbau erreichen. 859 Wohneinheiten sollen entstehen. Ein Großteil wird die Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft (Lüwobau) errichten, aber auch die Wohnungsgenossenschaft Lüneburg engagiert sich in diesem Segment.

Bei den frei finanzierten Wohnungen soll sogar fast die doppelte Anzahl von Wohneinheiten geschaffen werden, 1369 ist die Zielmarke laut Zwischenbericht – unter anderem sollen 2021/2022 im Hanseviertel Ost 340 sowie am Wienebüteler Weg 160 Wohnungen entstehen.

480

Einfamilien- und Reihenhäuser

werden bis 2023 fertiggestellt, heißt es im Zwischenbericht. Geplant waren 700

ANZEIGE

ROY F

Hinweis:

Die LZ hat ihre Rechte an die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG abgetreten.